

Auf einer internationalen Tagung in Potsdam

Westmächte skeptischer als Genscher über die Reformpolitik im Ostblock

Erste Rede des Bundesaußenministers in der DDR: Chancen der Politik Gorbatschows nutzen US-Handelsminister Verity verlangt stärkere Beachtung der westlichen Sicherheitsinteressen

Von unserem Redaktionsmitglied Josef Joffe

Potsdam, 12. Juni – Bundeaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat sich auf einer internationalen Experten- und Politikertagung in Potsdam mit Nachdruck dafür eingesetzt, „die geschichtliche Chance zu nutzen, die in den neuen, durch die Politik von Generalsekretär Gorbatschow endlich möglich gewordenen Entwicklungen liegt“. Der Westen müsse jeden Schritt zum Abbau des Trennenden wollen und jenen eine Absage erteilen, die für die „wirtschaftliche oder technologische Spaltung unseres Kontinents“ plädieren. Demgegenüber äußerten sich die Vertreter der drei Westmächte skeptischer. „Die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen“, sagte der amerikanische Handelsminister William Verity, „müssen mit westlichen Sicherheitsinteressen harmonisieren.“

Genschers Abschlußrede auf der Jahrestagung des New Yorker „Instituts für Ost-West-Sicherheitsstudien“ war der erste offizielle Auftritt des Bundesaußenministers in der DDR. Oskar Fischer, Außenminister der DDR, fungierte als Gastgeber der Konferenz mit 150 Teilnehmern aus Ost und West. Im Zentrum der Grundsatzrede Genschers stand die Überzeugung, wonach die Modernisierung der östlichen Wirtschaft nicht „Gefahr“, sondern „Chance“ sei. Wer eine europäische Friedensordnung wirklich wolle, dürfe sich nicht wünschen, „daß es den Völkern des anderen Teils Europa schlechter ergeht als ihm selbst“. Die Reformpolitik Gorbatschows sei zwar nicht von westlicher Zusammenarbeit abhängig. Aber die „intensive wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen gibt dieser Politik eine bessere Chance und kann sie beschleunigen“.

Die neue Entspannungsphase, so der Bundesaußenminister, sollte nicht nur zu einer Vertiefung wirtschaftlicher Kooperation auf traditionellen Feldern führen, sondern auch „neue Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit“ eröffnen. Auch drückte Genscher seine Genugtuung darüber aus, daß seine frühzeitig optimistische Einschätzung der Gorbatschowschen Politik nicht nur durch die Ereignisse – etwa den INF-Vertrag über den Raketenabbau und den beginnenden Truppenabzug aus Afghanistan –, sondern auch durch „viele im Westen bestätigt“ werden, „die anfangs skeptischer waren als ich“.

Demgegenüber waren die Einlassungen der Vertreter der drei Westmächte, USA, Großbritannien und Frankreich von mehr Skepsis geprägt. Auch der amerikanische Handelsminister Verity, der ranghöchste Repräsentant Washingtons, plädierte für mehr Öffnung und Zusammenarbeit. Indes wollte er diese an Bedingungen geknüpft sehen. Zwar gebe es beachtliche Fortschritte, doch sei „der Weg noch lang“. Es gelte einen Mittelweg zwischen denen zu finden, die den Osten bedingungslos mit massiven Kapital- und

Technologieinfusionen „retten“ wollten, und denen, die wirtschaftliches Wachstum im Osten bloß als Gefahr für den Westen betrachteten. Grundsätzlich sei der Einfluß des Westens auf den Fortgang der Perestrojka ohnehin begrenzt.

Westliche Wirtschaftshilfe sei keine „Abkürzung“ auf dem schwierigen Weg zur echten Reform eines Systems, das unter „rigiden, zentral gesteuerten Monopolen“ und einem administrativ verordneten Preissystem leide, welche die stete Fehlverteilung von Ressourcen zur Folge hätten. „Die Ausweitung des Ost-West-Handels“, so der amerikanische Handelsminister, „kann und muß die wirtschaftliche Umstrukturierung begleiten“, sie könne aber den notwendigen Wandel nicht erzeugen, sondern ihm nur folgen.

Der stellvertretende amerikanische Außenminister John Whitehead betrachtete die sowjetische Glasnost-Debatte als „wichtigen Anfang“, der sich dereinst noch als „historischer“ entpuppen könnte. Er hob aber gleichzeitig einen kritischen Zusammenhang zwischen östlicher Offenheit und Öffnung und westlicher Sicherheit hervor. „Wir glauben an eine enge Beziehung zwischen äußerem Verhalten und der Art, in der Regierungen ihre Bürger behandeln.“ Regime, die grundlegende Menschenrechte verweigern, seien eher dazu disponiert, ihre Nachbarn schlecht zu behandeln. Umgekehrt gelte aber: „Je höher das Ausmaß politischer Freiheiten und Öffnung im Inneren, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, daß ein Land zur Gefahr für die Außenwelt wird.“

Am kritischsten äußerte sich der Staatsminister im britischen Außenamt, David Mellor. Glasnost und Perestrojka seien bisher nur „auf der Agenda“, aber noch nicht Wirklichkeit geworden. Vor allem habe die Perestrojka noch nicht den Bereich der sowjetischen Streitkräfte erreicht, wo zur Zeit die Aufrüstung „30 Prozent schneller vorangeht als in den frühen achtziger Jahren“. Der entscheidende Prüfstein sei die Verringerung der konventionellen Streitkräfte, bei denen

Quelle

Datum

P2 2

der Warschauer Pakt zu viele Überlegenheiten besitze. Schließlich: Wie sei das „gemeinsame europäische Haus“ zu errichten, solange sich noch „Stacheldraht im Garten und Geheimpolizisten im Keller“ befänden? Der französische Abgeordnete und frühere Außenminister Jean François-Poncet meinte gar, daß dem „europäischen Haus“ ein Hauch von Vergangenheit anhafte; Europa dürfe sich nicht provinziell verhalten, sondern müsse sich der gesamten Welt öffnen.

DDR-Außenminister Fischer hatte zuvor in seiner Begrüßungsrede betont, wie wenig hilfreich es sei, die Teilung Europas zu beklagen: „Die sozialistischen Länder akzeptieren die Realitäten wie sie sind, und erwarten das gleiche auch von anderen.“ Die politisch-ökonomisch-militärische Teilung sei die „logische Folge des Zweiten Weltkrieges“. Das „gemeinsame Haus“ sei für Bewohner „mit verschiedenen Lebensanschauungen“ gedacht, „die friedlich zusammenleben müssen“. Zum Abschluß der Tagung wurden die Teilnehmer in Berlin vom Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker empfangen. Bundesaußenminister Genscher blieb dem Empfang fern, obwohl das Ostberliner Außenministerium zuvor verbreitet hatte, daß auch Genscher kommen würde. Bedenken der westlichen Alliierten, die Ostberlin nicht als Sitz der DDR-Regierung anerkennen, sollen dabei eine Rolle gespielt haben. In westlichen diplomatischen Kreisen hieß es dazu aber, Genscher habe nie die Absicht gehabt, an dem Empfang teilzunehmen.